

Änderungsantrag

der Abgeordneten Rainer Funke, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Dirk Niebel, Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 15/1487, 15/2795 –**

Entwurf eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In § 8 Abs. 3 Nr. 4 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende neue Nummer 5 angefügt:
„5. den Kartellbehörden.“
2. § 10 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Wer dem § 3 vorsätzlich zuwiderhandelt und hierdurch zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern einen Gewinn erzielt, kann von der nach § 8 Abs. 3 Nr. 5 zur Geltendmachung eines Unterlassungsanspruchs berechtigten Behörde auf Herausgabe dieses Gewinns in Anspruch genommen werden. Die Vorschriften des § 34 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sowie die Vorschriften des Zweiten und Dritten Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen gelten entsprechend.“

Berlin, den 31. März 2004

**Rainer Funke
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Christoph Hartmann (Homburg)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp**

**Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Dirk Niebel
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

Begründung

Als Sanktion mit Strafcharakter gehört der Gewinnabschöpfungsanspruch jedenfalls nicht in die Hände privater Verbände. Die Geltendmachung sollte vielmehr einer Behörde obliegen, auch und gerade wegen der besseren Möglichkeit zur Geheimhaltung von Daten im Amtsermittlungsverfahren.

Die Kartellbehörden sind wegen der entsprechenden Aufgaben nach § 34 GWB die zur Gewinnabschöpfung berufenen Behörden. Zur Vermeidung von Wiederholungen kann auf § 34 GWB verwiesen werden. Dort sind sämtliche Voraussetzungen der Gewinnabschöpfung ähnlichen Mehrerlösabschöpfung detailliert und praktikabel geregelt. Zudem sieht § 34 GWB vor, dass der Abschöpfung eine Unterlassungsverfügung vorauszugehen hat, was aus rechtsstaatlichen Gründen zu begrüßen ist.